Vorlage Nr.: 0153/2023
öffentlich

Beratungsfolge		Sitzungstermin	TOP	Status	Abstimmungsergebnis		
					Ja	Nein	Enth.
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	14.12.2023		N			
Rat	Entscheidung	21.12.2023		Ö			

Neufassung der Vergnügungssteuersatzung

Anlage/n:

Anlage 1 - Vergnügungssteuersatzung Entwurf
Anlage 2 - Synopse Vergnügungssteuersatzung

1. Sachverhalt und Rechtslage:

Die Stadt Soltau erhebt derzeit die Vergnügungssteuer nach der vom Rat am 24.03.2009 beschlossenen Vergnügungssteuersatzung (VergnS) in der am 18.06.2015 beschlossenen Fassung der 2. Änderungssatzung.

Für Geldspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit wird seit dem 01.07.2015 Vergnügungssteuer in Höhe von 15 v. H. des Einspielergebnisses je Gerät (§ 7 Abs. 3 VergnS) erhoben.

Für Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit und Spielgeräte mit der Möglichkeit von Sachgewinnen erfolgt die Besteuerung nach Pauschalen, da diese Geräte nicht manipulationssicher sind (§ 7 Abs. 4 VergnS).

Mit dem Beschluss zum Haushaltsplan 2024 wurde entschieden, den Steuersatz für Spielgeräte auf 25 v. H. ab dem 01.01.2024 anzuheben.

Die Festsetzung eines bestimmten Vergnügungssteuersatzes durch Städte und Gemeinden ist rechtmäßig, sofern keine erdrosselnde Wirkung nachgewiesen ist. Eine erdrosselnde Wirkung würde vorliegen, wenn durch den erhobenen Steuersatz eine Tendenz zum Absterben der gesamten Branche erkennbar wäre, indem die schwächeren Anbieter aus dem Markt scheiden, ohne dass neue ihren Platz einnehmen.

Hat eine Steuer nur gegenüber einem Einzelnen erdrosselnde Wirkung, handelt es sich nicht um eine unzulässige Erdrosselungssteuer.

Zum 01.07.2015 wurde der Steuersatz für Geldspielgeräte bereits von 10 v. H. auf 15 v. H. erhöht.

Im Jahr 2015 wurden Vergnügungssteuererträge in Höhe von 938.000 € veranlagt. Im Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie, haben die Vergnügungssteuereinnahmen ca. 1.272.000 Euro betragen. Im Jahr 2022 betragen

die Einnahmen ca. 1.235.000 Euro. Aufgrund dieser Entwicklung lässt sich keine unverhältnismäßig negative Auswirkung der Vergnügungssteuer auf die wirtschaftliche Lage der Automatenaufsteller erkennen.

Der Steuersatz in Höhe von 25 v. H. wird zudem bereits in weiteren Kommunen erhoben. Das OVG Lüneburg hat mit seinem Urteil vom 24. Januar 2023 (Az.: 9 KN 238/20) entschieden, dass ein Steuersatz von 25 Prozent des Einspielergebnisses nicht erdrosselnd wirkt.

Von dem vorgesehenen Steuersatz von 25 v. H. ist also im Hinblick auf die Entwicklungstendenz im Stadtgebiet Soltau und aufgrund der Tatsache, dass dieser Steuersatz bereits in anderen Kommunen in Niedersachsen erhoben wird, keine erdrosselnde Wirkung zu erwarten.

Eine Erhöhung der Pauschalsteuersätze sowie der Kartensteuer wird nicht vorgeschlagen, da der Ordnungscharakter hierbei nur mit Einschränkungen greift.

Durch die vorgeschlagene Anpassung ist eine Mehreinnahme von jährlich ca. 201.700 Euro zu erwarten.

Bemerkenswerte Mehrkosten für einen zusätzlichen sächlichen Verwaltungsaufwand sind nicht zu erwarten, da die Abrechnung der Vergnügungssteuer pro Kalendermonat erfolgt und keine gesonderten Bescheide aufgrund dieser Erhöhung erstellt werden müssen.

Des Weiteren haben sich noch weitere Änderungen ergeben, die aber lediglich Umformulierungen, Anpassungen und Ergänzungen enthalten und die Inhalte der jeweiligen Bestimmungen im Wesentlichen nicht ändern. Sie wurden vorgenommen, damit der Satzungstext in sich stimmig ist, eventuell mögliche widersprüchliche Interpretationen ausgeschlossen werden und unnötige Probleme vermieden werden (vergl. Synopse – Anlage 2).

Die Satzung wurde an die neue Mustersatzung vom Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund (Stand Juli 2020) angepasst.

2. Haushaltmäßige Beurteilung:

Die sich aus der Neufassung der Vergnügungssteuersatzung ergebenden Mehrerträge in Höhe von voraussichtlich 201.700 € wurden in den Haushaltsplan 2024 sowie den Finanzplan 2025 bis 2027 eingearbeitet.

3. Beschlussvorschlag:

1. Die Vergnügungssteuersatzung wird in der vorliegenden Fassung zum 01.01.2024 beschlossen.
2. Die Vergnügungssteuersatzung vom 24.03.2009 in der Fassung der 2. Änderungssatzung vom 18.06.2015 wird aufgehoben.